

Martin Rhonheimer

Der Ruf nach mehr ‚sozialer Gerechtigkeit‘ – Ausdruck einer Neid-Kultur?

„Soziale Gerechtigkeit“ ist ein Terminus, der in jedermanns Munde ist, aber nie definiert wird. Der zur nichtssagenden Floskel verkommene Ausdruck appelliert an allgemein geteilte Gefühle und Intuitionen betreffend Gerechtigkeit und scheint deshalb für die meisten Menschen keiner weiteren Erklärung bedürftig zu sein. Solche Gefühle beziehen sich meistens auf verschiedene Arten der Ungleichheit, die als ungerecht empfunden werden.

Diese Gefühle sind nicht einfach bedeutungslos oder ohne irgendwelche vernünftige Grundlage. Ich möchte sie auch nicht einfach mit Neidgefühlen gleichsetzen, obwohl natürlich in manchen Fällen Neid eine Rolle spielen mag.

„Soziale Gerechtigkeit: eine ernstzunehmende, aber oft fehlgeleitete Intuition

Ich denke jedoch, dass die Allgegenwart eines floskelhaften Redens über soziale Gerechtigkeit in einer moralischen Intuition wurzelt, die ernst genommen werden sollte. Die Popularität des Schlagworts scheint in der Tatsache begründet, dass soziale und ökonomische Ungleichheiten heutzutage nicht mehr einfach als Schicksal, als gottgegeben oder von der Natur auferlegt hingenommen werden. In einer dynamischen Welt eines beispiellosen, von Menschen erzeugten ökonomischen Wachstums, erscheinen Ungleichheiten ebenfalls als menschengemacht und deshalb ungerecht.

- Die richtigen moralischen Intuitionen, die diesen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit zugrunde liegen, sind jedoch oft fehlgeleitet durch die Unwissenheit hinsichtlich der wahren Ursachen von Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum wie auch dem Übersehen grundlegender

ökonomischer Tatsachen wie der Knappheit der Ressourcen oder der Funktion der Kapitalakkumulation, wie sie vor allem für technologische Innovation und die dadurch erzeugte Steigerung der Produktivität und des allgemeinen Wohlstands unumgänglich und entscheidend ist.

- Überdies sind diese moralischen Intuitionen oft fehlgeleitet durch die Nichtberücksichtigung der Tatsache der Beschränktheit des menschlichen Wissens und der Wichtigkeit von Märkten, um diese Beschränkung zu überwinden.
- Schließlich werden diese Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit in der Regel auch auf der Grundlage von fraglichen wirtschaftsgeschichtlichen Narrativen erhoben, ganz besonders von falschen Vorstellungen über die Geschichte des Kapitalismus, der industriellen Revolution und der Lage der Industriearbeiterschaft in den letzten zwei Jahrhunderten. Hier gibt es viele Legenden – gerade auch in den Schulbüchern –, [die von der Forschung schon lange widerlegt sind](#).

Ist soziale Gerechtigkeit „Verteilungsgerechtigkeit“?

Ein Grundproblem: „Soziale Gerechtigkeit“ wird im Allgemeinen – und problematischerweise – als *Verteilungsgerechtigkeit* verstanden bzw., in traditioneller Terminologie, als „distributive Gerechtigkeit“ oder „verteilende Gerechtigkeit“.

- Diese unterscheidet sich von der „kommutativen“ oder Tauschgerechtigkeit, der Gerechtigkeit zwischen Individuen beim Kaufen und Verkaufen, die bei jeder Art von Vertragsabschlüssen in Rede steht.
- Die „distributive Gerechtigkeit“ hingegen ist die Gerechtigkeit der übergeordneten Gemeinschaften oder Instanzen, insbesondere des Staates, gegenüber den einzelnen Gliedern der jeweiligen Gemeinschaft. Die distributive Gerechtigkeit bezieht sich also auf die gerechte Verteilung von Pflichten (z.B. das Entrichten von Steuern) und Vorteilen bzw. Vergünstigungen (nicht nur materieller, sondern auch immaterieller Art wie z.B.

Ehren), Leistungen des Staates wie Schutz (auch Lebensschutz), Sicherheit, oder Bürgerrechte. Ein eklatanter Verstoß gegen die verteilende Gerechtigkeit ist deshalb der mangelnde Lebensschutz für Ungeborene, sofern wir davon ausgehen, dass diese wie alle menschlichen Personen ein Recht auf Leben haben.

- Die verteilende Gerechtigkeit hat also als solche nichts mit der Verteilung von Einkommen oder Vermögen zu tun; sie bezieht sich nur auf öffentliche Güter – nicht auf private Güter (Einkommen, Vermögen), die der Staat den Bürgern wegnimmt und dann verteilt.

Heute aber wird distributive Gerechtigkeit vor allem als „Verteilungsgerechtigkeit“ verstanden – als eine staatlich veranstaltete Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Wer von sozialer Gerechtigkeit spricht, meint etwas anderes als Gerechtigkeit

Ist das gut? Ist das sinnvoll? Ist „Ungleichheit“ überhaupt ein Problem, ist sie „ungerecht“? Haben weniger gut Gestellte in der Gesellschaft ein Anrecht, auf Kosten anderer bessergestellt zu werden? Ist es moralisch zulässig und politisch gerecht, in dieser Weise in das Privateigentum einzugreifen?

Gemäß klassischer Ethik – und wie wir gerade sahen – ist die Gerechtigkeit die Tugend, die das Zusammenleben der Menschen regelt: die zwischenmenschlichen Tauschhandlungen, die Verteilung von Lasten und Hilfen in einer Gemeinschaft und die Beziehungen des Einzelnen zu ihr bzw. dem Staat. *Gerechtigkeit ist also – ihrem Wesen nach – sozial.*

Wer deshalb von „sozialer“ Gerechtigkeit spricht, meint in Wirklichkeit etwas anderes als Gerechtigkeit.

Der Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek bezeichnete den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ als ein Wieselwort: das Attribut „sozial“, so seine Kritik, sauge den Gehalt der „Gerechtigkeit“ gleichsam auf. Was

übrig bleibt, ist in Wirklichkeit nicht „Gerechtigkeit“, sondern der Appell an das „Soziale“.

Dieses wird mehr oder weniger willkürlich mit Vorstellungen von wünschenswerten Zuständen angefüllt, mit entsprechenden Postulaten verbunden und als Forderung der Gerechtigkeit ausgegeben. Eine Begründung, inwiefern diese Forderungen ausgerechnet solche der Gerechtigkeit sein sollen, kann man sich dann ersparen – Hauptsache, sie sind sozial.

- Hier liegt ein Grundproblem: Das Gerechte wird mit dem Erwünschten verwechselt.
- An die Stelle von Begründungen tritt das Spiel mit Emotionen. Im Namen des naturgemäß diffusen Begriffs der sozialen Gerechtigkeit kann jeder sozial unerwünschte oder irgendeine gesellschaftliche Gruppe benachteiligende Zustand, jede Form von Ungleichheit oder Ungleichverteilung als „ungerecht“ gebrandmarkt und daraus die Forderung nach politischer – sprich: staatlich erzwungener – Abhilfe abgeleitet werden.
- Dem Staat, so hieße es dann, obliege ja die Pflege der Gerechtigkeit; dies ist eine seiner ureigensten Aufgaben.

Was ist eigentlich ungerecht? Es kann nicht die Ungleichheit sein

Schauen wir uns das näher an. Kann ein gesellschaftlicher Zustand, z.B. eine bestimmte Verteilung von Einkommen, oder von Vermögen, und von Chancen überhaupt „ungerecht“ sein? Wenn ja, warum?

- Wenn wir annehmen, ein Zustand ist ungerecht, weil er als eine bestimmte Konfiguration der Gesellschaft bezüglich der Verteilung des Reichtums ungerecht ist, dann brauchen wir eine Messlatte dafür, welches dann eine gerechte Verteilung wäre; es geht also um eine normative Vorstellung eines gesellschaftlichen Zustands, den wir als „gerecht“ betrachten. Aber auf welcher Grundlage lässt sich eine solche Messlatte festlegen?

- Ist es die maximale Gleichheit? Aber dann: welche Gleichheit? Rechtsgleichheit?
- Ist es die materielle Gleichheit?
- Die Gleichheit der Chancen?

Dies sind ganz verschiedene Dinge. Um es vorwegzunehmen: Eine Gesellschaft, in der materielle Gleichheit herrscht, kann nicht gerecht sein, weil die Menschen aufgrund ihrer natürlichen Ausstattung schon ungleich sind, aber auch unabhängig davon Ungleiches leisten.

- Es gibt Spitzentalente, die es zu nichts bringen; und mittlere Talente, die es mit Arbeit und Ausdauer zu sehr viel bringen. Es gibt auch Spitzenleistungen in Gebieten, die weniger gut bezahlt werden, und solche, die besser bezahlt werden, nicht unbedingt, weil der betreffende mehr leistet, sondern weil seine Leistung mehr nachgefragt oder seltener ist.
- Materielle Gleichheit hingegen kann nur hergestellt werden, indem man die Rechte anderer verletzt – oder in einer Gesellschaft, in der alle gleich arm sind (außer einige Spitzenfunktionäre: so war es in kommunistischen Staaten).

Ähnliches gilt für die Chancengleichheit. Diese wäre nämlich streng genommen nur dann gegeben, wenn auch eine Gleichheit der materiellen Ausgangspositionen bestehen würde.

Anmaßungen des Staates und Zerstörung des Gerechtigkeitssinns

Diese beiden Formen von „sozialer Gerechtigkeit“ führen also dazu, die Vermögenden und die Reichen als diejenigen, die bevorteilt erscheinen – sei es durch Geburt oder eigenen beruflichen Erfolg, mittels Erbschaften oder vorhandener Talente – buchstäblich zur Kasse zu bitten. Solches auszugleichen, damit alle die gleichen Chancen hätten, wird dann als Forderung der Gerechtigkeit postuliert.

So will man aber mit den Mitteln staatlicher Zwangsgewalt etwas korrigieren, wofür der Staat gar keine Zuständigkeit besitzen kann.

- Im Namen der Gerechtigkeit mit Gesetzeszwang jemandem sein rechtmäßiges Eigentum wegnehmen, um damit andere besserzustellen, ist Unrecht – auch wenn diese Besserstellung gar nicht auf eigenem Verdienst oder eigener Leistung beruht.
- Mit der immer wieder beschworenen „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ ist dies allerdings nicht zu rechtfertigen, denn diese beinhaltet keine Einschränkung von Eigentumsrechten aufgrund der Tatsache, dass andere weniger Güter und Chancen haben.
- Wird dies missachtet, trifft – selbst wenn alles nach Gesetz verläuft – das bekannte Wort des Augustinus zu: „Was anders sind Staaten, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als große Räuberbanden?“

Um das Unrecht zu kaschieren, macht der Ruf nach immer mehr sozialer Gerechtigkeit die Reichen aufgrund der bloßen Tatsache ihres Reichseins zum Schuldigen. Die Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ wird dann zur Forderung, den Reichen so hohe Steuern aufzuerlegen, dass weniger Begüterte einen „gerechten Anteil“ sowie gleiche Chancen erhalten.

Es ist offensichtlich, dass dadurch in einer Gesellschaft der Gerechtigkeitssinn und das Recht zerstört wird. Denn jeder wird dann die eigenen Wünsche als Forderungen der Gerechtigkeit ausgeben und versuchen, sich auf Kosten derer, denen es anscheinend besser geht, besserzustellen.

- Natürlich kann der Neid dabei dann auch eine besondere Rolle spielen.
- Aber auch falsche Vorstellungen wie etwa die Meinung, wer reich ist, der könne dies nur auf Kosten anderer sein, weil er anderen etwas wegnimmt oder ihre Besserstellung verhindert (Ökonomie als Nullsummenspiel verstanden) können hier Platz greifen. Das wäre natürlich tatsächlich ungerecht. Aber ist es so?

Soziale Ungleichheit: Eine Ungerechtigkeit?

Zunächst: Die Forderung nach Chancengleichheit ist ebenso wie die nach materieller Gleichheit letztlich ein frommer Wunsch, der zu immer neuen Forderungen führen muss. Denn Chancen werden nie gleich sein. Realistisch und wichtig ist es vielmehr, durch die Schaffung allgemeinen Wohlstands den Lebensstandard, Freiheitsspielräume und ganz besonders Bildungschancen *für immer mehr Menschen ständig zu verbessern*. Und hier eben haben viele Forderungen nach mehr „sozialer Gerechtigkeit“ im Sinne von Umverteilung zur Folge, dass man am Ast sägt, auf dem man selber sitzt.

- Man vergisst dabei nämlich dabei, dass die Reicheren einer Gesellschaft – zumindest in der Regel – zugleich die Produktiveren sind und gerade nur deshalb reich sein können, weil sie im wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess eine hervorragende Rolle spielen.
- Ebenso vergisst man die Tatsache, dass es Reichtum und unternehmerischer Erfolg sind, die Abertausende, ja Millionen Menschen in Lohn und Brot bringen und ihnen den Genuss eines Lebensstandards wie auch Chancen ermöglichen, die anderswie gar nicht vorhanden wären.
- Deshalb kann eine besonders hohe Besteuerung dieser Reichen keineswegs eine Forderung der *Gerechtigkeit* sein. Welches Unrecht sollte damit korrigiert werden? Welchem Rechtsanspruch sollte damit Genüge getan werden?
- Es stimmt zwar: die Vermögenden – die Kapitaleigentümer – tragen zur Ungleichheit bei; sie sind aber zugleich jene, die Produktivitätswachstum und damit einen stetig höheren Lebensstandard aller ermöglichen. Ungleichheit ist in mancher Hinsicht der Motor des Fortschritts. Kapitalakkumulation, technologische Innovation, Steigerung der Produktivität, Anhebung der Reallöhne und zunehmender Lebensstandard gehen Hand in Hand. Das sieht man aus der Geschichte.
- Mit anderen Worten: Zum vielgeschmähten reichsten Prozent gehören gerade (auch) diejenigen, die unseren Wohlstand erzeugen: Die (Mit-)Eigentümer innovativer Unternehmen, die auf globalen Märkten mit

enormen Gewinnen operieren und zugleich gewaltige globale Wohlfandeffekte generieren.

Ungleichheit als Folge und Motor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts

- In dem Maße, wie sie in den entwickelten Ländern durchaus die Einkommens- und Vermögensungleichheit vergrößern, haben sie durch die Schaffung eines globalen Mittelstandes in den letzten Jahrzehnten sukzessive den Abstand zwischen armen und reichen Ländern verringert.
- Großvermögen sind in einer globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft in der Regel nichts anderes als der statistische Niederschlag global besonders erfolgreicher Innovations- und Wohlstandsmotoren.
- Allerdings handelt es sich bei diesen riesigen Kapitalien immer auch um Börsenbewertungen, also bloße Erwartungen. Diese können sich jederzeit verändern. Anteile an Unternehmen, deren Produkte nicht den Präferenzen und Wünschen der Konsumenten entsprechen, ungenügend Absatz finden und damit auch keinen Wohlstand bringen, haben weder einen Börsenwert noch kann man reich damit werden.
- Das berüchtigte Top-1-Promille der Meistverdienenden ist zudem ein äußerst volatiler Klub. Nicht immer die gleichen Personen gehören ihm an, im Gegenteil. Dort gibt es ein ständiges Auf und Ab.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft kann auf anständige Weise reich nur werden und bleiben, wer auch andere reicher macht. Das gilt auch für jene, deren Reichtum ererbt ist und nicht auf eigener Leistung beruht. Der große, so ungleich verteilte Reichtum, den viele als Skandal erachten, wird ja immer wieder investiert, sodass die Allgemeinheit profitiert: Indem er Arbeitsplätze schafft, Produktivitätssteigerung und damit zugleich den Wohlstand von morgen erzeugt, global und für alle. Die Reichen zum Zwecke der Umverteilung verstärkt zur Kasse zu bitten, ist ein unverantwortlicher und nur allzu oft vom Neid getriebener Populismus.

Ungerechte Ungleichheiten: Folge gesetzlicher Diskriminierungen, falscher Politik und von Staatsversagen

Freilich gibt es Ungleichheiten, die in einem besonderen Sinne ungerecht genannt werden können, weil sie nämlich Folge von Ungerechtigkeiten sind, die das Grundgefüge der Gesellschaft betreffen und sich dann gleichsam durch den Transmissionsriemen des freien Marktes fortpflanzen.

- Gesetzliche Diskriminierungen, beispielsweise aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Religion und so weiter oder andere Arten der Ungleichheit vor dem Gesetz.
- Demnach finden sich (soziale) Gerechtigkeit und (soziale) Ungerechtigkeit, wenn schon, dann auf der Ebene der Rechtsordnung: Die institutionellen Rahmenbedingungen, die Rechtsordnungen. Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Rasse, Religion, Geschlecht etc. Solche Ungerechtigkeiten schlagen sich dann auch in der Einkommens- und Vermögensverteilung nieder. Diese Verteilungen sind dann, weil sie Folge von Ungerechtigkeiten sind, selbst auch ungerecht.

Die meisten (sozialen) Ungerechtigkeiten werden jedoch von der Politik und infolge Staatsversagen verursacht – und zwar oft im Namen der sozialen Gerechtigkeit.

Eine besonders fragwürdige Rolle spielen heute dabei die Geldpolitik und die Sozialgesetzgebung.

- So war die Finanzkrise von 2008 ein Werk von Politik und Gesetzgebung, welche – aus sozialen Gründen und mit Staatsgarantie – Banken zu einer unverantwortlichen Hypothekenvergabe antrieben oder sogar verpflichteten und den Finanzmärkten perverse Anreize gaben.
- Die gegenwärtige Zentralbankpolitik des billigen Geldes (Niedrigzinsen) – als Therapie für die Folgen der Finanzkrise bezeichnet – bevorteilt ungerechterweise diejenigen, die den Quellen der Geldschöpfung am nächsten stehen sowie die Vermögenden, die in Aktien und Immobilien investieren können. Sie werden (zumindest auf dem Papier) immer rei-

cher, während der „Normalsparer“ das Nachsehen hat. [Das bewirkt eine Umverteilung von unten nach oben](#): eine schreiende (soziale) Ungerechtigkeit, die nicht der freie Markt, sondern Politik und Gesetzgebung verursacht haben.

- [Innovation und echtes Wachstum wird durch die Niedrigzinsen behindert](#), weil unproduktive Betriebe (und marode Banken, die diese Betriebe unterstützen), sog. Zombie-Unternehmen und Zombie-Banken, am Leben gehalten werden; dadurch werden Kapital und andere Ressourcen gebunden und Innovation verhindert; dies führt zu stagnierenden oder gar sinkenden Reallöhnen.
 - Gottseidank gibt es die digitale Revolution, die enorme Innovationschübe bringt und auch die Globalisierung beschleunigt; dies erzeugt trotz des stagnierenden Wachstums eine Verbesserung des Lebensstandards praktisch zum Nulltarif. [Auch in Deutschland haben gerade diejenigen Branchen profitiert, die im globalen Wettbewerb stehen](#); die anderen, wie viele auf das eigene Land beschränkte Dienstleister, haben indes Probleme.
- (Sozial) ungerecht sind die wachsende und überbordende Staatsverschuldung sowie der ständig weitergetriebene Ausbau des – letztlich ebenfalls schuldenfinanzierten – Sozialstaates.
- Die Staatsschulden gehen auf Kosten der kommenden Generation. Sie werden nicht produktiv verwendet, führen also nicht zu Wachstum, sondern fließen in den Konsum bspw. der Rentner, die damit ihren Lebensstandard erhalten können, obwohl sie selbst vielleicht zu wenig Kinder gehabt haben, um dasselbe Niveau auch für die nachfolgende Generation zu sichern. Aktuell sind die Zinsen sehr niedrig; deshalb kann man sich diese Schulden leisten und verschuldet sich sogar zusätzlich; aber die Zinsen werden steigen müssen und auch bald steigen: Dann droht ein böses Erwachen.
- Den eigenen Lebensstandard auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu finanzieren, ist aber (sozial) ungerecht und zugleich unsolidarisch. Dass auch manche Kirchenvertreter in den Chor derjenigen ein-

stimmen, die im Namen sozialer Gerechtigkeit einer solchen Politik das Wort reden, macht diese nicht weniger unsolidarisch und weniger ungerecht.

Kurz: Im Namen der sozialen Gerechtigkeit wird oft eine Politik angepriesen, die in Wirklichkeit den allgemeinen Wohlstand untergräbt, Innovation und Wachstum schwächt, Reallohnsteigerungen verunmöglicht und die kommenden Generationen belastet. Gerade in Deutschland basiert sie auf der Illusion, man könne sich nahezu alles leisten, es brauche nur den politischen Willen dazu.

Die notwendige „Arbeit des Kapitals“: Kapitalismus als Wirtschaftsform des Gebens

Indes, Deutschland befindet sich in einer kritischen Lage: Die „brummende“ Wirtschaft droht, sich als Scheinboom zu erweisen, erzeugt durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und den schwachen Euro. Experten warnen bereits vor dem Doping. Der kommende Absturz scheint so gut wie sicher – und wird die Ärmsten, aber auch die Mittelschicht am empfindlichsten treffen.

- Notwendig wäre nicht eine oberflächlich den Konsum ankurbelnde und Besitzstände verteidigende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern eine Politik, die Wachstum und Innovation fördert.
- Wir brauchen mehr Kapital; das setzt investierten Reichtum voraus, auch Profite, die reinvestiert werden, statt sie durch Steuern abzuschöpfen und dem Konsum zuzuführen.
- Gerade dafür brauchen wir die Reichen, die Kapitalisten, die Unternehmer, viele von ihnen klein beginnend, aber, wenn sie erfolgreich sind, zu Reichtum gelangend.

- Es gilt, die Rolle der Unternehmen und des Kapitals besser zu verstehen. Es gibt auch eine „[Arbeit des Kapitals](#)“. Das Kapital beutet nicht von Natur aus den Menschen aus, sondern schafft den größten Teil des Mehrwerts der Arbeitnehmer. Der Kapitalismus ist die „[Wirtschaftsform des Gebens](#)“.
- Die Reichen, die Kapitalisten, die Unternehmer: Sie alle zusammen ermöglichen mehr „soziale Gerechtigkeit“ – nämlich Wohlstand für alle – als viele Versprechungen von Politikern, die vor allem eins im Sinn zu haben scheinen: bei ihrer Klientel zu punkten und die nächsten Wahlen zu gewinnen. Dies nämlich ist ein großes Problem: Auch Politiker verfolgen ihre eigenen Interessen. So heißt es bereits, dass die sog. Große Koalition in Deutschland das Land teuer zu stehen kommen werde. Wenn nämlich alle einer Regierung angehörenden Parteien und Gruppierungen ihre Anliegen in ein Regierungsprogramm einbringen, um mit entsprechenden Mehrheiten im Parlament regieren zu können, dann hat die daraus häufig resultierende Aufblähung der Staatshaushalte mit dem Gemeinwohl nichts oder nur sehr wenig zu tun.
- Der Markt ist weder gerecht noch ungerecht. Ein Rechtssystem kann gerecht oder ungerecht sein. Die Enzyklika „Centesimus annus“ (Nr. 42) von Papst Johannes Paul II. antwortet auf die Frage „Kann man etwa sagen, dass nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus das siegreiche Gesellschaftssystem sei und dass er das Ziel der Anstrengungen der Länder ist, die ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaft neu aufzubauen versuchen?“ wie folgt:

„Wird mit »Kapitalismus« ein Wirtschaftssystem bezeichnet, das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt, ist die Antwort sicher positiv. Vielleicht wäre es passender, von »Unternehmenswirtschaft« oder »Marktwirtschaft« oder einfach »freier Wirtschaft« zu sprechen. Wird aber unter »Kapitalis-

mus« ein System verstanden, in dem die wirtschaftliche Freiheit nicht in eine feste Rechtsordnung eingebunden ist, die sie in den Dienst der vollen menschlichen Freiheit stellt und sie als eine besondere Dimension dieser Freiheit mit ihrem ethischen und religiösen Mittelpunkt ansieht, dann ist die Antwort ebenso entschieden negativ.“

Freie Marktwirtschaft schafft aber auch Ungleichheit:

- Diese ist als solche kein Problem und auch nicht ungerecht, solange sie nicht nachweislich einer Ungerechtigkeit entspringt. Kapitalakkumulation und Ungleichheit sind vielmehr eine normale Folge wirtschaftlicher Entwicklung und auch die Ursache weiteren Wachstums: sie bringen Innovation, mehr Produktivität, höhere Reallöhne und eine Verbesserung des Lebensstandards mit sich.
- Besser geht es uns nicht, indem wir mehr oder anders verteilen, sondern dadurch, dass wir produktiver werden. So entsteht Wohlstand – für alle, nicht nur für einige. Auch wenn die Ungleichheit an bestimmten Orten und zeitweise wächst.

© Martin Rhonheimer 2018

Einzelne Abschnitte dieses Textes erschienen unter dem Titel «Das Unsoziale am Sozialen» in: Der Tagesspiegel (Berlin), 30. 7, 2017, S. 7. und auch online im Debattenportal «Causa»: <https://causa.tagesspiegel.de/politik/was-ist-soziale-gerechtigkeit/kapitalisten-ermoeglichen-mehr-soziale-gerechtigkeit-als-die-politik.html>); sowie in: Martin Rhonheimer, Die Wirtschaftsform des Gebens, in Schweizer Monat, 1032 (Dez 2015/ Jan 201), 41-45